

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Besitzer und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Strömpel 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
tut das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmärkt 10 und Strömpel 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienens, Greif-
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Zu dem Treiben der
Abwehr und Genossen bemerkt das „Konf.
Wochenblatt“ des Herrn von Helldorf:

„Unter den Leuten, die sich die Fähigkeit und
den Willen für ein ruhiges Urtheil auch in den
gegenwärtigen Zeiten bewahrt haben, wird wohl
die Ansicht allgemein sein, daß vermuthlich
einige Unregelmäßigkeiten und Pflichtwidrig-
keiten untergeordneter Organe als substantieller
Kern des ganzen Vorgeschehens zum Vorschein kommen
werden und daß die Historie von der Judenfrage,
die sich in Koblenz zur Vertheilung des Unter-
ganges des preussischen Staates verschrieben hat
und jetzt zur Erreichung des Ziels über die See
invalide Flinten bauen läßt, eine ausgetragene
Verurtheilung ist. Man ist unter denselben ver-
ständlichen Leuten, soviel unter jenen, einstimmig
der Ansicht, daß das Vorgeschehen als objektive
alle Merkmale des Vorgeschehens an sich trägt. . .
Gefühl, Herr Helldorf wird heute nach Spandau
geschickt. Dann tritt morgen eine von Tausenden
besuchte Volksversammlung zusammen, in der,
wenn sie auseinandergeht, ein Theilnehmer dem
anderen juraukt, daß das die Juden durch groß-
artige Verschleppungen zuwege gebracht hätten: Herr
von Helldorf hätte so und so viel, Graf Caprioli
so und so viel, und — nun, noch höher stehende
Personen den und den Betrag erhalten. Alles
anzuverlässig, aus besser Quelle geschöpft!
So die „echten“ Antisemiten, die „Gang“. Die
fogenannten „gemäßigten“ begnügen sich, wenn
auf ihre Provinzreisen gefragt werden, ob
wir denn wirklich in so furchtbaren Zuständen
leben, vieldeutig mit den Lippen zu nicken. Es
ist bekannt, daß in den niederen Volkskreisen
auch die abentheuerlichsten Legenden Eingang
finden und alsbald unangenehm festliegen. Nun,
die Signatur der Gegenwart ist die, daß die
Reaktionsfähigkeit für grotesken Unfug sich auch
zum Theil auf die gebildeten politischen Kreise
ausgedehnt hat — oder daß man in diesen Kreisen
doch keinen Anstand nimmt, von dem Köhler-
glauben und dem Ammenmärchen als Waffe zu
taktischen Zwecken Gebrauch zu machen, und sich
an dem ins Land gefegten Brand die Hände
wäscht. Dieser Wahnsinn der Struppelhaftigkeit
in der Wahl der Mittel, der nie nach dem Ende
fragt, der an jedem Pfeiler rüttelt und keinen
Ertragfahnen unangenehm läßt, vielleicht nur um
einen Haß zu säugen und einen Nachbarn zu
fäulen, oder um einen großen Haufen hinter sich
zu sammeln, auf den geschickt man der Krone
seiner Willen diktieren kann, — das ist die
Tollheit, die immer weitere Kreise ergreift, und
mit der wir in unser Verderben hineintreiben.“

— In den Verhandlungen über den Nach-
tragetrag hat Herr Dr. Woffe die Erklärung ab-
gegeben, daß der Weg, der der Unterrichtsverwal-
tung in der nächsten Zeit vorgeschrieben sei, der Weg
einer ruhigen, sachlichen, gerechten und un-
parteiischen Verwaltung sei an der Hand der
durch die Verfassung gegebenen Direktiven, der
bereits bestehenden Gesetze und einer langjährigen
Verwaltungspraxis. Was er wolle und wollen
müsse, weil es dem Geiste der Unterrichtsver-
waltung entspreche, das sei eine verständliche und
angenehme Wirksamkeit, die zu einer Ver-
ständigung zu führen geeignet sei. Er hat bereits
Gelegenheit gefunden, in einer grundsätzlichen
Frage eine Entscheidung zu treffen, und diese be-
trifft, wie sehr es ihm Ernst mit jener Zu-
sicherung gewesen ist. Aus Anlaß eines Mit-
theilung, daß von dem Herrn der katholischen
St. Josefsgemeinde in Danzig und einer Anzahl
katholischer Hausväter eingereicht war und die
Umwandlung einer paritätischen in eine kon-
fessionelle Volksschule bezweckt, hat Herr Dr.
Woffe sich für die Vertheilung der paritätischen
Schule entschieden, da diese Schulen sich mit
Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse Danzigs
bis jetzt bewährt hätten. Nach diesem Bescheide
läßt sich erwarten, daß auch die Disziplinfrage
in einem den Anforderungen der Gerechtigkeit
und Menschlichkeit entsprechenden Sinne geregelt
werden wird. Herr Dr. Woffe hat sich als
Feind alles Gewissenszwangs öffentlich bekannt,
und bei ihm wird es nicht nur ein Bekenntnis
des Mundes bleiben.

— Während bekanntlich über den baldigen
Erlaß eines Kompatibilitätsgesetzes grundsätzliche
Einverständnisse innerhalb der Staatsregierung be-
steht, war die Durchführung des gesetzgeberischen
Beschlusses im Einzelnen auf erhebliche Schwierig-
keiten gestoßen, weil über das Maß von Be-
wegungsfreiheit, welches den einzelnen Ressorts
einzuräumen war, Meinungsverschiedenheiten be-
standen. Zur Begleichung dieser Meinungs-
verschiedenheiten ist der Weg kommissarischer Ver-
handlung, bei der sämtliche preussische Verwaltungen
und das Reichsamt beteiligt waren, be-
schritten worden. Diese Verhandlungen sind nun-
mehr zum Abschluß gelangt. Manche Differenz-
punkte sind dabei beglichen, soweit dies nicht der
Fall, sind die Streitpunkte wenigstens soweit ge-
klärt, daß die Vertheilung des Staatsministeriums
auf der Grundlage eines ganz über-
sichtlichen Sachverhalts erfolgen kann. Es liegt in der
Absicht, diese Vertheilung möglichst bald und
hiermit die Entscheidung darüber herbeizuführen,
ob eine entsprechende Gesetzesvorlage für den
nächsten Landtag in Aussicht zu nehmen ist. Ge-
tingt es, wie gehofft wird, nimmere über die
noch schwachen Meinungsverschiedenheiten inner-
halb der Staatsregierung eine Einigung herbei-
zuführen, so würde damit jene Frage im positiven
Sinne entschieden und die Erledigung der gesetz-
geberischen Aufgabe noch bei der gegenwärtigen
Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zu er-
möglichen sein. Bleiben dagegen ernstliche Mei-
nungsverschiedenheiten bestehen, so würde dies
gleichbedeutend mit einer abermaligen längeren
Verzögerung der Lösung dieser Aufgabe sein. Wie
unermüdet es wäre, wenn die letztere Eventuali-
tät einträte, erhellt aus den verschiedenen Ver-
handlungen, welche noch im Laufe der gegenwärtigen
Sesssion über die Sache in der Landesver-
tretung gepflogen sind. Es kann nicht ausbleiben,
daß diese Erwägung nach der Richtung der Be-
gleitungen der Streitfragen innerhalb der Staats-
regierung förderlich wirkt.

— Herzog Albert zu Schleswig-Holstein ge-
rieth, wie aus Potsdam gemeldet wird, am
Sonntagabend in eine ernstliche Gefahr, überfahren
zu werden. Auf der Rückkehr vom Vorstehers-
Fest, an der Spitze seiner Schwadron reitend,
wurde er von einem unheimlich dahergehenden
Gefährt (Wagen) berührt hart angegangen, daß

das Pferd unter seinem Leibe arge Verletzungen
erlitt und blutig geschunden wurde. Der Herzog
blieb, wie durch ein Wunder, glücklicherweise un-
verletzt.

— Der Bankpräsident Dr. Koch begibt sich
am Donnerstag nach Frankfurt a. M., um einer
Konferenz von Direktoren der süddeutschen Filial-
en der Reichsbank beizuwohnen.

— Die „Mossauer Zeitung“ meldet, daß
zum russischen Militärbevollmächtigten in Berlin
an Stelle des Grafen Kutusow der Botschafts-
rath Fürst Bjelostok-Bjelostok auserschieden sei.
— Gestern hat hier ein sozialdemokratischer
Parteitag für Berlin und die Provinz Branden-
burg getagt. Es waren etwa 50 Delegirte an-
wesend. Den ersten Gegenstand der Tagesord-
nung bildeten die Verhältnisse der sozialdemo-
kratischen Presse in der Provinz Brandenburg.
Die „Berliner Volksstimme“ und die „Märkische
Volksstimme“ in Frankfurt a. O. und die
„Brandenburger Zeitung“ erfordern Zusätze
seitens des Parteivorstandes nicht mehr; letzteres
Blatt erzielt sogar einen ganz beträchtlichen Ge-
winn; das „Teltower Volksblatt“ dagegen hat
monatlich ein Defizit von 100—200 Mark. Es
entwickelte sich nun eine lebhaft debattirte
über, ob dieses Blatt weiter erscheinen solle; es wurde
das Weitererscheinen desselben beschlossen, da es
für die Landagitation unentbehrlich sei. Mit
letzterer befaßte sich dann die Versammlung
auf das eingehendste, zahlreiche Vorschläge wur-
den gemacht, wie die Landleute für die sozial-
demokratischen Anschauungen zu gewinnen seien.
Dringend wurde darauf, zu junge Leute als
Agitatoren auf die Dörfer zu senden: die Zu-
kunftsbereiter seien viel weniger für diese
Agitation geeignet als die Genossen in den klei-
nen Landstädten, weil dieselben sehr viele Be-
ziehungen mit den Landleuten unterhielten. Die
Versammlung beschloß, ein aus 7 Personen be-
stehendes Komitee zu wählen, das die Agitation
in der Provinz Brandenburg in jeder Form in
die Hand nehmen und von Zeit zu Zeit über
seine Thätigkeit Bericht erstatten soll. Es wurde
im Weiteren das Komitee beauftragt, die Arbeit
auf dem Lande durch juristische Beirath, eventl.
durch Geld zu unterstützen, es soll ferner versucht
werden, die Frauen in die Agitation hineinzufü-
hren; die aufs Land entsandten Agitatoren
sollen eine Entschädigung erhalten.

— Die Generalversammlung des bairischen
altkatholischen Bundesvereins beschloß, der Ver-
schiebung der Verhandlungen wegen Verlegung der
verfassungsmäßigen Rechte bei ungewänderter
Sachlage ihren Lauf zu lassen, dieselbe nur zu-
rückzuführen, wenn von der Staatsregierung eine
bündige Zusicherung über die Anerkennung der
Autonomie der altkatholischen Kirchengemeinschaft
innerhalb der Gotteshäuser erfolge. Wenn die
Liberalen die auf dem Recht begründete Sache
der allgemeinen Gewissens- und Kulturfreiheit
nicht unterstützen, so hätten sie das Recht auf
den liberalen Namen verwirkt.

— Eine Angelegenheit von allgemeinem
Interesse beschäftigt zur Zeit die Suezkanalgese-
lschaft. Genannte Gesellschaft verhandelt nämlich
mit einem russischen Syndikat, welches um die
Erlaubnis nachgesucht hat, Petroleum in Zisternen-
dampfern durch den Kanal transportieren zu dür-
fen. Bisher wurde Petroleum in kleinen Blech-
gefäßen durch die Suezkanal verfrachtet, ein Trans-
portmodus, der sich als absolut sicher und unbe-
denklich erwiesen hat. Es ist nun fraglich, ob
die Verfrachtung eines so feuergefährlichen Stoffes
in großen Zisternendampfern, in fast unbewach-
tem Allee als der Spiegel des Kanals, überhaupt
mit der Sicherheit der Kanalfahrt für andere
Schiffe vereinbar erscheint. Nicht weniger als
325 britische Rheederfirmen haben Gegenpeti-
tionen an die Kanalgesellschaft gerichtet, in welchen
sie ausführen, daß bei der hohen Temperatur,
der Enge des Wasserweges, der Verfrachtung des
Schiffes durch die Erfahrung von Zisternen-
schiffen voll Petroleum im höchsten Grade risi-
kant sei. Damit allein aber wollen sich die In-
teressenten an einer jederzeit freien und gefahr-
losen Kanalfahrt nicht begnügen. Auf ihre
Veranlassung sind zwei Sachverständige, Sir
Abel und Professor Redwood, der Frage näher
getreten, und hofft man, daß dies Beispiel auch
seitens anderer Länder Nachahmung finden werde.
Englische Pressstimmen verlangen, daß, ehe nicht
die Sachverständigen-Enquete ihre Arbeiten beendet
hat, kein Zisternenschiff mit Petroleum den Suez-
kanal passieren dürfe, außer unter den für die
Freiheit und Sicherheit der Suezkanalfahrt
unerlässlichen Bedingungen.

— Die wiederholte von der „Agence Havas“
gebrachten Nachrichten über die Vertheilung
deutscher Kaufleute und Dampferlinien an dem
Schlavenhandel in Dahome haben sich bisher stets
als grobe Entstellungen des Sachverhalts heraus-
gestellt. Neuerdings haben, wie wir erwähnten,
Pariser Blätter wiederum ein angeblich aus Ro-
tterdam vom 7. d. M. datirtes Telegramm der
„Agence Havas“ verbreitet, nach welchem die
Deutschen in Weibea auf dem Dampfer „Wör-
mann“ heimlich 500 Sklaven in Korkete ein-
geschifft haben sollen. In der „Nordd. Allg. Ztg.“
wird dazu bemerkt:

„Einen Ort Korkete giebt es nach den neu-
sten Karten an der Dahomeküste nicht. Es ist
wohl Koutete, nahe bei Weibea, gemeint. Wie
bekannt, finden regelmäßige Anwerbungen ein-
geborener Arbeiter für Plantagenzwecke, für Expe-
ditionen und in der letzten Zeit in besonders
großem Umfange auch für die Kongo-Eisenbahn-
Gesellschaft an der ganzen Westküste bei den
Kruken, den Weibea und nicht minder an der
Goldküste statt. Diese Arbeiter werden als
freie Leute engagirt. Was insbesondere den
Kongostaat angeht, so ist durch eine wohlbe-
achtete Gesetzgebung daselbst Vorkehrungen dafür
getroffen worden, daß die von auswärtig ein-
geführten freien Arbeiter nach jeder Richtung hin
in ihren berechtigten Interessen geschützt werden.
Die Vermittelung bei derartigen Arbeiteranwer-
bungen wird allgemein von den europäischen
Kaufleuten in dem Bewußtsein übernommen,
damit ein durchaus berechtigtes Geschäft zu be-
treiben. Gegen den Abschluß derartiger Anwer-
bungsverträge an sich richten sich auch die fran-
zösischen Denunziationen nicht. Sie richten sich
dagegen, daß, während Frankreich mit Dahome
in Verbindungen sich befindet, von neutraler
Seite die Geschäftsvorfälle mit dem Könige
fortgeführt werden. Sogestaltige Grundfragen
über den Umfang der Ausfuhr von Arbeitern aus

Dahome haben zu dem Ergebnis geführt, daß in
den letzten fünf Jahren folgende Verschiffungen
von Arbeitern aus Dahome stattgefunden haben:
Mai 1889 ca. 185 Mann für den Kongo-Eisen-
bahndampfer „Dakar“, November 1890 ca. 200
Mann für S. Thomé, Dampfer „Sibade de
Praia“, August 1891 — 300 Mann für Ka-
merun, Segler „Kollur“, Oktober 1891 — 80
Mann für Kamerun, Dampfer „Nord“, Novem-
ber 1891 ca. 300 Mann für die Kongo-Eisen-
bahngesellschaft, Dampfer „Professor Wörmann“.
Die beiden Transporte nach Kamerun waren
veranlaßt worden durch den verstorbenen Haupt-
mann Freiherrn von Graevenreuth, der einer
größeren Anzahl Träger für seine Expedition be-
dürfte. Die Verschiffung aus dem November
v. J. war durch den Agenten der Firma Wölmer
u. Brohm in Weibea auf Grund von Verträgen
vorbereitet, die vor längerer Zeit bereits zwischen
der Firma und der Kongo-Eisenbahngesellschaft
abgeschlossen waren. Jener Herr ist übrigens nie-
mals deutscher Konsulatsverweser gewesen, wie
französische Blätter behauptet haben. Die fran-
zösischen aufgestellten Behauptung, daß er für
die deutsche Regierung mit dem König von Da-
home einen Vertrag auf Lieferung von 4000
Sklaven abgeschlossen habe, ist bereits früher in
verbündener Weise abgelehnt worden. Im Ver-
hältnis zu dem regelmäßig in Liberia und an der
Goldküste stattfindenden Arbeiteranwerbungen ist
die Zahl der übernahm von Dahome als Arbeiter
oder Träger verschifften Leute gering. Nach den
uns zugänglichen Nachrichten haben übrigens die
Dahomehändler zu Weibea in neuerer Zeit
verweigert, Leute abzugeben. Die bei den letzten
Kaufzügen in das Hinterland von Großpoko ge-
machten 2000 Gefangenen sind nach Dahome ge-
schifft worden, um bei den großen, zwei Mal im
Jahre stattfindenden sog. „Customs“ abgeschachtet
zu werden. Der Herrscher von Dahome unter-
nimmt jährlich zwei Mal seine Kriegszüge, nicht
weil Angebote für Arbeiter vorliegen, sondern
weil der „Fetich“ zwei Mal im Jahre Menschen-
opfer verlangt.

Danzig, 16. Mai. (B. L. Z.). Das
Festmahl der Provinz Westpreußen zu Ehren Sr.
Majestät des Kaisers nahm Abends 7 Uhr im
Landeshauses seinen Anfang. Zu demselben waren
300 Einladungen ergangen. Als Sr. Majestät
der Kaiser, Allerhöchstdeswegen die Uniform des
Kaiserlichen Regiments Nr. 1 trug, das Land-
esbater, überreichte Frau Landesdirektorin
Juchacz Alteschke dem Kaiser ein prachtvolles Rosen-
bouquet. Für Sr. Majestät war unter einem
kunstvoll ausgestatteten Baldachin ein Ehrenplatz
errichtet. Nach dem vierten Gange des Fest-
mahls hielt der Vorsitzende des Provinzial-Lan-
deshauses von Graß-Klanin an die Festversammlung
eine Ansprache, in welcher er auf die Geschichte der
Provinz Westpreußen und der Eroberung die-
ses Landes durch den deutschen Ritterorden ein-
ging und den Dank der Provinz für den aller-
höchsten Besuch ausdrückte. Die Ansprache schloß
mit einem Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser.
Nur darauf erhob sich Sr. Majestät und dankte
für den jubelnden Empfang, welchen ihm die Stadt
bereitet habe. Bei dem Anblick der herrlichen
Stadt schweifte der Blick zurück zu den Tagen,
wo Allerhöchstdeswegen hochseliger Herr Großvater
und Allerhöchstdeswegen unvergesslicher Vater
in Danzig gefest hätten.

Unter Allerhöchstdeswegen Vaters Leitung und
persönlichen Anweisung sei es ihm befohlen ge-
wesen, diese ihm so besonders nahe am Herzen
liegende Stadt in allen ihren Theilen kennen zu
lernen und die Schätze der Kunst, die Denkmäler
der Geschichte, die sie birge, aus seinem erfar-
benen Munde erläutern zu hören. Die Erinnerun-
gen aus jener Zeit seien in seiner Brust stets
wach und lebendig geblieben. Er sei dem Rufe
der Provinz gerne gefolgt, einige Tage in ihrer
Mitte zu verweilen. Die Aufgabe seiner Re-
gierung werde sein, in steter Sorge um diese
Provinz, deren Wohl ergehe zu fördern. Er habe
aber das feste Vertrauen, daß dieses fernste Ziel
der Westpreußen, welches schon so viel für sein
Haus und sein Land gethan, welches die hervor-
ragenden Eigenschaften des Fleißes und der Ar-
beitsamkeit, der Hingabe bis aufs äußerste be-
stehe, die Ehre dieses Landes in Geduld sich in
das ergeben, was der Himmel schicke, und ver-
trauens erwarten, was im Laufe der arbeit-
samsten Jahre zu ihm ihm gelingen werde. Darauf
leerte Sr. Majestät der Kaiser sein Glas auf
das Wohl der Provinz Westpreußen. Bald nach
9 Uhr wurde die Tafel aufgehoben. Sr. Majestät
der Kaiser ließ sich alsdann die Vertreter der
Stadt und der Provinz vorstellen und unter-
hielt sich mit mehreren derselben auf das hül-
fsvolle. Die von den Danziger Militärkapellen
veranstaltete Serenade nahm Seine Majestät
der Kaiser vom Balkon des Landeshauses ent-
gegen.

Glücksburg, 16. Mai. General-Lieutenant
Seyffried, Kommandeur der hiesigen (18.) Divi-
sion, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Er
beabsichtigt nach Kassel zu ziehen.

Hamburg, 16. Mai. Die „Hamburger
Nachrichten“ erfahren aus Friedrichsruh, daß
Graf Herbert Bismarck daselbst auf einen Tag
zu Besuch war, aber gestern Nachmittag wieder
nach Osterfeld zurückgekehrt ist. Ferner er-
fährt das genannte Blatt, daß alle Zeitung-
meldungen über den Termin der Vermählung
verfehlt sind.

Köpenhagen, 16. Mai. (B. L. Z.). Der
König von Dänemark unternahm Mittags einen
Ausflug nach Hamburg und gedenkt Abends hier-
her zurückzukehren. Vorher geht der Kronprin-
z, „Dannebrog“, nach Travemünde ab, um die
Herzogin von Cumberland an Bord zu nehmen.
Abends erfolgt die Rückkehr des „Dannebrog“
nach Köpenhagen.

Hofst. 1. M., 16. Mai. Der 19. deutsche
Gastwirthstag, zu dem 450 Delegirte aus allen
Theilen Deutschlands angemeldet sind, ist heute
hier eröffnet worden.
Bischoffsberger Excellenz von Liebeherr über-
gab heute Namens des Großherzogs die Schlüssel zu
der neu errichteten Augenklint, deren Anlage
alle bestehenden Institute übertreffen soll. Nach
der feierlichen Einweihung hielt der Leiter der-
selben, Professor Dr. Berlin, eine Vorlesung
über Augenheilkunde.

Karlsruhe, 16. Mai. (B. L. Z.). Die
Kronprinzessin von Schweden wird Ende des
Monats hier wieder eintreffen, um sodann
mit dem Großherzog und der Großherzogin
einen längeren Aufenthalt in Baden-Baden zu
nehmen.

Der Stettiner Stadthausplan
für 1892—93.

Stettin, 17. Mai.

In einer für morgen Mittwoch einberufenen
außerordentlichen Stadtordeungsversammlung be-
gibt die Vertheilung und Festlegung des Stadthaus-
plans für 1892—93, welche sich in diesem
Jahre wegen verzögerter Aufstellung des Etats so
lange verzögert hat. Zur Orientirung unserer
Leser bringen wir heute einiges aus der Einleitung,
welche dem Etat vom Magistrat beigegeben ist.
Es heißt darin:

Veranschlagt sind im Ordinarium die Ein-
nahmen auf 7,322,326.63 Mark, die Ausgaben
auf 7,209,303.12 Mark, gegenüber den Einnah-
men von 6,682,433.85 Mark und den Ausgaben
von 6,602,403.06 Mark des Etats für 1891 bis
92. Es sind also die Einnahmen um rund
640,000 Mark, die Ausgaben um 606,900 Mark,
der an das Extraordinarium abzuführende Ueber-
schuß um rund 33,100 Mark höher in Ansatz ge-
bracht. Mehrzuschüsse erfordern die Titel 1 bis
9: 394,800 Mark, Mehrüberschüsse ergeben die
Titel 11, 13 und 14: 79,500 Mark, während die
Titel 10, 12 und 15 mit 77,900 Mark abschlie-
ßen. Bezüglich der Mehraufbringung an Ge-
meindesteuern von 528,500 Mark ist darauf hin-
zuweisen, daß die Etatszahlen für 1891—92 als
Schätzungszahlen eingestellt waren, während die
des vorliegenden Etats in Folge seiner von der
Stadtordeungsversammlung vom 10. März ge-
nehmigten veränderten Einbringung auf Grund
der abgeschlossenen Veranlagung festgesetzt sind.
In Wirklichkeit war das Steueraufkommen für
1891—92 um rund 91,000 Mark höher, als im
Etat angenommen worden, besonders die Einnah-
men an Zuschlägen zur Einkommensteuer, von
der Klassensteuer rund 407,000 Mark, von der
klassifizierten Einkommensteuer 7400 Mark, von
den Forderungen 725,000 Mark, von den Aktien-
gesellschaften 24,000 Mark, von Winterber-
schüssen 29,500 Mark. Es sind mithin von der
Summe der Mehraufbringung von 606,900 Mark
nur 344,800 Mark zuzüglich des Mehrüberschusses
für das Extraordinarium mit rund 33,100 Mark,
zusammen 377,900 Mark aus den Ueberschüssen
des Titels 16 (Deckung des Bedarfs) zu entneh-
men. Die Summen, aus denen sich dieser Mehr-
überschuß zusammenstellt, sind an Mehreinnahmen
der Gemeindesteuern 528,450 Mark, der
Hundesteuer 2700 Mark, an Minusausgaben von
den Veranlagungskosten 6150 Mark, zusammen
535,300 Mark, abzüglich des Winterüberschusses
für 1891—92: 157,400 Mark, bleiben zusammen
1,417,000 Mark, während der Titel 16 (dritte
Position) 1,233,000 Mark, also 184,000
Mark zu wenig, einstellt sind. Das Mehrauf-
kommen der Grundsteuer war 454 Mark, das der
Gebäudesteuer 3064 Mark, der Gewerbesteuer
1921 Mark, zusammen 5439 Mark. Er ergibt
sich daraus, daß von der jetzt dargestellten Mehre-
innahme an Gemeindesteuern nur etwa 336,000
Mark gegen das Vorjahr in Wirklichkeit mehr
aufgebracht werden; aber selbst dieses Ergebnis
war nur unter der Beibehaltung der bisherigen
Zuschlagsprocente zu erzielen; und zwar berechnet
es sich im Einzelnen folgendermaßen:

Es betrug für 1891—92 das klassifizierte
Einkommensteuereinkommen rund 574,000 Mark, das
Klasseneinkommen ohne die gesetzlichen Erasse
332,000 Mark, zusammen 906,000 Mark. Es
sind veranlagt für 1892—93 die Einkommen der
physikalischen Personen von mehr als 3000 Mark zu
einem Staatseinkommen von 914,000 Mark, die-
jenigen von 420 bis 3000 Mark zu 254,000 M.,
zusammen 1,168,000 Mark. Das Plus des
Staatseinkommens stellt sich darnach, abgesehen von
den Ausfällen in der Berufungsinzahn, auf
262,000 Mark. Hieraus sind die Gemein-
desteuereinnahmen um mehr als 1,152,000 Mark
Die klassifizierte Einkommensteuer gab für 1891
bis 92 an Zuschlag 745,000 Mark, die Klassen-
steuer 407,000 Mark, zusammen 1,152,000 Mark.

Der volle Zuschlag von dem Staatseinkommen
von 906,000 Mark hätte 1,359,000 Mark ergeben
müssen. Die Beamtenprivilegien u. s. w. reprä-
sentirten jedoch einen Ausfall von 207,000 Mark.
Von dem gegenwärtigen Staatseinkommen von
1,168,000 Mark sind daher bei 150 Prozent Zu-
schlag 1,752,000 Mark weniger 207,000 Mark,
d. h. 1,545,000 Mark zu erwarten. Dies ergibt
also gegen 1891—92 mit 1,152,000 Mark ein Mehr
von 393,000 Mark. Hiervon sind noch abzuziehen
rund 60,000 Mark, und zwar 30—40,000
Mark auf Verabfolgung in der Berufungsinzahn
und 20—30,000 Mark auf Ausfälle an Steuern
der Aktiengesellschaften wegen der ungünstigen
Abschlässe für 1891—92.

Vielfache Erwägungen haben zu dem Ergeb-
nis geführt, daß nun die Vermehrung der Ein-
kommensteuer um den erwähnten Mehrbetrag von
393,000 Mark sich nicht vermeiden, sich aber auch
rednerthümlich läßt. Es ist nicht unbedenklich ge-
blieben, daß ohne die Veränderungen des neuen Ein-
kommensteuergesetzes die Zulässigkeit des bishe-
rigen Zuschlags in kurzer Zeit hätte in Frage
kommen müssen. Die in den Etat eingestellten
vermehrten Ausgabeposten entsprechen, so weit es
sich um laufende Leistungen handelt, der erheblich
gewachsenen Ausdehnung der Verwaltung. Die
einmaligen oder nicht regelmäßigen Posten befre-
igen Pflichten, die sich nicht von der Hand we-
sen lassen. Es hat sogar noch manche wünschens-
werte Ausgabe bei Seite gestellt werden müssen.
Zu der Erhöhung des an das Extraordinarium
zur Nachveranlagung abzuführenden Ueberschusses
um 31,100 Mark ist zu sagen, daß die Nach-
veranlagungen zum Ordinarium in den letzten
fünf Jahren fast ausnahmslos den Betrag von
20,000 Mark erheblich überschritten hatten und
hierzu die Mittel kaum zur Hälfte etatsmäßig
vorgesehen waren. Das Plus mußte aus den
Mehreinnahmen und Minusausgaben des laufen-
den Jahres entnommen werden. Am wesent-
lichsten trug dazu bei das Mehraufkommen an
Steuern gegen die etatsmäßigen Summen. Die
diesmal eingestellten Summen dürften aber eher
nicht erreicht als überschritten werden. Es war
daher notwendig, die Mittel des Etats reichlicher
bereit zu stellen, was mit der Vermehrung um
31,100 Mark nur sehr beschränkt erreicht ist.
Schon jetzt sind einige außeretatsmäßige Be-
willigungen für 1891—92 erfolgt, z. B. für An-
kauf der Militärwacheanstalt mit 10,000 Mark,
für Vertheilung des Weges über den Kaiser Wil-
helm-Platz mit 2700 Mark. In fester Aussicht
stehen die Kosten der elektrischen Anlagen im
Rathhause mit 16,000 Mark. Die Nothwendig-

keit, die künftigen Nachveranlagungen auf das
knappste Maß zusammenzufassen, ist somit drin-
gend gegeben. Hierbei ist darauf hinzuweisen,
daß in den kommenden Jahren und schon in den
nächstfolgenden weitere nicht unerhebliche Be-
lastungen zu erwarten sind. Die dem neuen Ver-
theilungsgesetz beigegebene Uebersicht berechnet die
Mehrforderungen aus dem am 1. April 1893 in Kraft
tretenden Gesetz für Stettin auf rund 54,000
Mark. Nach Aufstellung der Kalkulation sind
diese auf rund 80,000 Mark zu berechnen.
Hierzu kommen die Kosten, die durch die beab-
sichtigte Uebernahme der Walfahrtspolizei der
Stadt erwachsen werden.

Die Kosten der Verzinsung und Amortisation
der Anleihe zum Hafenbau werden bis zur Ver-
theilung des Hafens in jährlichen Steigerungen
den Betrag von 500,000 Mark erreichen. Die
Kosten der Verzinsung und Amortisation der für
den Bau von öffentlichen Schulen (zu Titel 1
des Extraordinariums) bewilligten Summen wer-
den noch 50,000 Mark beanspruchen. Andere
größere Entwürfe, die Kanalisation, die Anlagen
des neuen Personen-Bahnhofes u. s. sind in Vor-
bereitung und zum Theil fast abgeschlossen.
Nichtsofortwendiger ist der Pöfning Ausbau zu
geben, daß bei weiterer Ausdehnung und Ent-
wicklung Stettins und Zunahme der Steuerkraft
auf absehbare Zeit es möglich sein werde, mit
den gegenwärtigen Zuschlägen den Bedarf des
Etat zu decken. Die nach dem Ergebnis des
letzten Steuerjahres zu berechnende regelmäßige
Zunahme der Ertragskraft repräsentirt den Betrag
von 90,000 Mark. 1890—91 kamen gegen das
Vorjahr mehr rund 79,616 Mark, 1891—92:
105,767 Mark ein. Es darf nach den Erfahrungen
der letzten Jahre bei gleicher Entwicklung
im Laufe der nächsten sechs Jahre eine Steigerung
bis auf 150,000 Mark vermuthet werden. Als
eine außerordentliche, lediglich dem neuen Steuer-
gesetz zuzurechnende Mehreinnahme stellt sich
von der auf 393,000 berechneten Summe der
Betrag von rund 243,000 Mark dar. Von die-
ser Summe gehen aber endlich noch etwa 20,000
Mark verloren, da die Erhöhung der Provinzial-
beiträge entsprechend dem Mehraufkommen an
Steuern (absolut gegen das Vorjahr und relativ
gegenüber den übrigen Beitragspflichtigen) auf diese
Summe zu veranschlagen ist. Die Verabfolgung
des Steuerjahres z. B. auf 133¹/₂, 75, 50 und
25 Prozent würde eine Verminderung des Steuer-
aufkommens um ca. 225,000 Mark ergeben, so
daß in Wirklichkeit dadurch die Ertragskraft des
neuen Gesetzes vollständig aufgehoben würde.

Im Weiteren wird dann in dieser Einleitung
die Erleichterung erwähnt, an welcher 26,600 von
ca. 30,000 Steuerzahler theilnehmen, wir haben
die Auszüge darüber bereits früher veröffentlicht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Mai. Aus der e v a n g e-
lischen Landeskirche der Provinz Pom-
mern sind folgende Personal-Nachrichten zu ver-
zeichnen: Der aufungen, Versetzungen u.
s. w. v. Unruh, Superintendent u. Pf. in Ginst
u. Kügen, bisher in Tempelburg, z. Superintendent
der Syn. Vergen a. R. — Guden, Pred. an
der Anstalt Labor bei Stettin, z. Pastor in Brlup,
Syn. Kolbarg. — Deyn, Pastor in Brallen-
tun, Syn. Vergen, z. Pastor an der hell. Geist-
kirche in Stettin. — Maack, Pred.-Amts-Rand.,
z. Pastor in Schwelmin, Syn. Bublitz. — Con-
rad, Pred.-Amts-Rand., z. Pastor in Egen, Syn.
Frankburg. — Asmus, Pred.-Amts-Rand., zum
Provinzialvikar. — Schäfer, Pf. zu Nöben in
Westpr., z. Pf. am Rabenstein in Köslin. —
Emirritungen. Stettin, Pf. in Stettin,
Syn. Vahn, z. 1. Oktober d. J. im 76. Lebens-
und 48. Amtsjahre. — Regius, Pf. in Bublitz,
Syn. Kolbarg, z. 1. Oktober d. J. im 70. Lebens-
und 41. Amtsjahre. — Schleuder, Pf. in Der-
melsdorf, Syn. Treuenb., z. 1. Oktober d. J. im
61. Lebens- und 34. Amtsjahre. — Friedrichs,
1. Pred. an der St. Nikolai-Sankt-Johannes-Kirche
in Stettin, z. 1. Oktober d. J. im 69. Lebens-
und 43. Amtsjahre. — Graßmann, Pf. in Söbels-
dorf, Syn. Vahn, z. 1. Oktober d. J. im 74. Lebens-
und 44. Amtsjahre. — Maack, Pf. in Degow,
Syn. Kolbarg, z. 1. Oktober d. J. im 74. Lebens-
und 44. Amtsjahre.

— Wie zu erwarten stand, hatte das gestrige
„Strauß-Konzert“ einen außerordentlich
zahlreichen Besuch gefunden. Des ungünstigen
Wetters wegen fand dasselbe im großen Saale
des Konzerthauses statt, und mancher unserer
hiesigen Musikfreunde, der in dem Glauben, wohl
immer noch einen Platz zu finden, sich etwas
spät eingefunden hatte, dürfte Mißgehalt haben,
noch einen Stuhl für sich zu erlangen. — Das
reichhaltige Programm bot Converte von Thomas,
Mascagni, Ed. und Joh. Strauß, Gounod, Dopp-
ler, Beethoven, Chopin und W. A. Mozart, die
in allen Theilen eine vorzügliche Wiedergabe er-
zielten und mit lebhaftesten Beifallsbezeugungen
entgegengenommen wurden. Ueberall imponirten
die Feinheiten, die feinste Intonation und Klar-
legung des musikalischen Gewebes der Kompositionen.
Bei der überlegenen Intelligenz, die sich in der
Straußschen Direktion befindet, findet die Klän-
gung eines jeden Satzes gebührende Beach-
tung und die Wirkung ist sowohl im En-
semble als in den Solopartien von hohem Reiz.
— Das für heute Abend in Aussicht genommene
zweite Konzert wird bei günstiger Witterung im
Garten des Konzerthauses stattfinden, und wollen
wir nicht unterlassen, alle Freunde schöner
Orchestermusik auf dasselbe besonders aufmerksam
zu machen.

— Herr Eisenreich, der Vächter des Stet-
tiner Konzerthaus, wird, wie wir
wären, schon in den nächsten Tagen das Strand-
hotel in Wiesbroch übernehmen; ein Nachfolger
für die Uebernahme des Konzerthauses ist bisher
nicht gefunden.

— Die Direktion des Elysium-Thea-
ters ist für die diesjährige Sommer-Saison dem
Direktor des Stadttheaters Herrn H. Gluck
übergeben und wird die Saison am Himmel-
fahrtsfest (26. Mai) eröffnet werden. Wie uns
Herr Direktor Gluck mittheilt, hat er auch dafür
Sorge getragen, daß die Restauration in tüchtigen
Händen ist.

— Ueber das Vermögen der Danzburger Gebr.
Wolff hierseits ist das Konkursverfahren er-
öffnet worden. Der Kaufmann A. Bouveron
ist zum Verwalter der Masse ernannt. Anmelde-
frist: 13. Juni.

* Nachdem am Sonntag wiederum ein Kind
wegen ungenügender Beaufsichtigung überfahren

